



# Sozialdemokrat

der Deutschen sozialdemokratischen Arbeiterpartei  
in der tschechoslowakischen Republik.

**Bezugs-Bedingungen:**  
Bei Zustellung ins Haus  
oder bei Bezug durch die  
Post  
monatlich . . . Kz 18.—  
vierteljährlich . . . 48.—  
halbjährig . . . 96.—  
ganzjährig . . . 192.—  
Abstellung  
von Manuskripten erfolgt  
nur bei Einlegung der  
Retourmarken.  
Erhalten mit Ausnahme  
des Montag täglich fröh.

2. Jahrgang.

Donnerstag, 21. September 1922.

Nr. 222.

## Nationalsozialistische Krise.

In der Partei der tschechischen Nationalsozialisten knirscht und kracht es in allen Ecken. Zwei Symptome aus den letzten Tagen beweisen dies besonders deutlich: eine Versammlung gewerkschaftlicher Vertrauensmänner, in der Minister Lučny sprach, verweigerte zur Haltung der Regierung in der Frage der Krise, wie auch zur Tätigkeit des genannten Ministers in der Regierung ihre Zustimmung. Das ist das eine Symptom; das andere zeigte sich darin, daß am Sonntag zwei Führer der tschechischen Nationalsozialisten, Křofas und Krejčí, in Versammlungen ihrer Partei einander scharf entgegenstehende Anschauungen entwickelten: der eine für die bisherige Politik der Partei und gegen eine Einheitsfront mit den Kommunisten, während der andere scharf die Politik der Partei angriff und für die Herstellung einer Kampffront mit den sozialistischen Parteien, mit Einschluß der Kommunisten eintrat. Hervorragende Vertrauensmänner, welche öffentlich gegeneinander sprechen, wobei der Sprecher der einen Richtung die Anhänger der anderen Richtung mit dem Hinauswurf aus der Partei bedroht, andere Vertrauensmänner, die als Exponenten der Partei in der Regierung von ihren Genossen ein solennes Mißtrauensvotum erhalten, das zeigt mehr als alles andere, daß die Partei von schweren Zerwürfissen durchwühlt ist. Daß in der tschechischen nationalsozialistischen Partei Gegensätze der Anschauungen über Politik und Taktik bestehen, weiß man wohl schon seit langem, aber das ist naturgemäß bei allen Parteien der Fall, die auch nur einigermaßen auf einer demokratischen Grundlage und nicht, wie etwa die kommunistische Partei, auf dem Kadavergehorsam aufgebaut sind; nun sind aber die grundsätzlichen und taktischen Meinungsverschiedenheiten bis zum offenen Konflikt gediehen und drohen das Gefüge der Partei zu sprengen. Dadurch ist ein Streit zwischen der national radikalischen Richtung einerseits und der die sozialen Forderungen stärker betonenden Richtung andererseits über den Rahmen der Parteiorganisation hinausgewachsen und es kommt ihm zweifellos politische und soziale Bedeutung zu.

Das Wesen und die Haltung der Partei der tschechischen Nationalsozialisten hat in den letzten zehn Jahren zweifellos eine wesentliche Wandlung durchgemacht. Als sie gegründet wurde und in den ersten Jahren ihres Bestandes, war ihr einziger Zweck und die ihr zugewiesene Aufgabe, Wellenbrecher gegen die aufstrebende und damals international gerichtete tschechische Sozialdemokratie zu sein. Das tschechische Bürgertum stand bei der Geburt der nationalsozialistischen Partei Patenschaft und förderte sie nach Kräften, in dem Bestreben, die tschechische Arbeiterklasse ebenso für seine nationalsozialistischen, wie für seine mehr oder minder verüllten sozial-reaktionären Bestrebungen einzufangen und durch die tschechischen Nationalsozialisten vor ihren Wogen spannen zu lassen. Daß die Partei nicht, wie die Deutschgelben, mit dem Brandmal behaftet ins Leben trat, mit Kapitalistengeldern gegründet und lange Zeit ausgehalten zu werden, ist nur dem Umstand zuzuschreiben, daß es damals ein entwickeltes tschechisches Bank- und Industriekapital nicht gab. Sonst aber suchte die Partei der „narodni básnici“, wie sie genannt wurde, die gleichen Aufgaben wie die deutschgelbe „Arbeiterpartei“ zu erfüllen: die Arbeiter durch gesteigerte nationale Hege ihren Klasseninteressen abwendig zu machen, damit sie sich als Sturmbod ihrer nationalen Bourgeoisie und vor allem des Kleinbürgertums verwenden lassen. Ähnlich wie bei den Deutschgelben rekrutierten sich ihre Anhänger aus Kleinbürgerlichen Kreisen, aus Handwerker, Meisterjöhnen, kleinen Beamten, Halbintellektuellen und einer Anzahl Kleinwerblicher Arbeiter, die sozial unzufrieden, politisch noch indifferent, in der Hoffnung auf die einmal zu erwartende „selbständige Existenz“ von irreführendem Klassengefühl erfüllt, den

## Eröffnung des Parteitages der U. S. P.

Genosse Crispian: „Stolz und aufrecht schlagen wir in die Bruderhand ein, die uns entgegengetreut wird.“

Gera, 20. September. (Eigenbericht.) Heute abends 6 Uhr wurde in Gera in der festlich mit grün und rot geschmückten Tonhalle der Parteitag der Unabhängigen Sozialdemokratie eröffnet. Im Antrage der Geraer Parteigenossen richtete Genosse Knauf eine Begrüßungsansprache an die Delegierten und sprach die Hoffnung aus, daß nichts die Vereinigung verhindern werde, die eine ökonomische Notwendigkeit und ein Gebot der revolutionären Dialektik sei. Knauf schilderte dann die Entwicklung der Arbeiterbewegung in Gera, das eine Hochburg des Sozialismus sei und das fest zur Unabhängigen sozialdemokratischen Partei gestanden habe. Auch jetzt würden die Genossen von Gera daran arbeiten, daß der Klassenkampf zum Gemeingut der vereinigten sozialdemokratischen Parteien werde.

Hierauf ergriff Genosse Crispian das Wort, den Parteitag im Namen der Zentralverwaltung zu eröffnen. Gegenüber der erstarrten Reaktion sei es notwendig, die Arbeiterklasse wieder zu vereinen. Wir bleiben dem Sozialismus treu, keiner gibt seine Überzeugung auf, stolz und aufrecht schlagen wir in die Bruderhand ein, die uns entgegengetreut wird. Zu Vorsitzenden werden Wilhelm Vock (Gotha) und Wilhelm Dittmann (Berlin) gewählt. Nach Festsetzung der Tagesordnung folgten die Begrüßungsansprachen der ausländischen Vertreter. Die eigentlichen Verhandlungen beginnen morgen vormittag.

## Englands Arbeiter gegen Lloyd George.

London, 20. September. (Eigenbericht.) Für heute abends hat die Arbeiterpartei eine Vertreterversammlung einberufen, in der ein Antrag beraten werden soll, der folgenden Wortlaut hat: Nach unserer Ansicht ist die gegenwärtige Krise, die uns in einen neuen Krieg zu stürzen droht, die direkte Folge unserer Außenpolitik Lloyd Georges. Wir betrachten diesen Mann als eine Gefahr für den Weltfrieden und verlangen sofortige Neuwahlen, damit die öffentliche Meinung Englands die gegenwärtige schlechte Regierung über den Haufen werfen kann.

## Der österreichische Völkerverbund-Kredit.

Eine sensationelle Meldung: unerträgliche Bedingungen.

Wien, 20. September. (Eigenbericht.) Die „Neue freie Presse“ hat heute früh berichtet, daß für die österreichischen Kredite vom Völkerverbund die Abschaffung des Achtstundentages, des Induzergesetzes, die Entstaatlichung der Bundesbetriebe und die Verringerung der Zahl der Beamten auf die Hälfte als Bedingung gestellt werden soll. Amtlich ist zu dieser sensationellen Meldung noch keine Äußerung abgegeben worden. Es scheint, daß die Regierung sich dazu nicht äußern will. In der „Wiener Allgemeinen Zeitung“ wird diese Nachricht als frei erfunden be-

zeichnet, da die Bemühungen des Völkerverbundes in amtlichen Kommunikationen mitgeteilt werden. Es wird wohl so sein, wie die „Neue freie Presse“ im Abendblatt schreibt, daß diese Vorschläge noch nicht zu konkreten und völlig klaren Anträgen sich verdichtet haben. Jedenfalls würde der Versuch, Österreich solche Bedingungen aufzuzwingen, zu den schärfsten Kämpfen führen. Zu der amtlichen Meldung, daß auch ein Kredit von 520 Millionen Goldmark garantiert werden soll, ist zu bemerken, daß diese Summe nicht einmal das Defizit eines Jahres erreicht.

nationalistischen Schlagworten der nationalsozialistischen Partei leicht zum Opfer fielen. Später machte die Partei aber unseugbar eine Wandlung durch und sie räumte sozialen Forderungen einen unso größeren Raum ein, je mehr in ihr das Kleinbürgerliche Element zurücktrat und der Kampf um die nationale Selbständigkeit des tschechischen Volkes ihr immerhin eine größere Anzahl von Industriearbeitern zuführte. Sie hat darum nicht aufgehört, eine Kleinbürgerliche Partei zu sein, aber die in ihren Reihen stehenden Arbeiter drängen sie — was natürlich nur relativ zu verstehen ist — umso mehr nach links, als in der Partei auch die ehemalige Gruppe der tschechischen Anarchisten aufging. Die Jahre während des Krieges, da Sein oder Nichtsein des tschechischen Volkes auf dem Spiele zu stehen schien, waren der nationalsozialistischen Partei günstig und es strömten ihr darum bei den letzten Wahlen große Massen jener halb- und ganzproletarischen Schichten zu, die für den Sozialismus noch nicht reif, in ihr eine Mischung von Nationalismus, kritischen und sozialreformatorischen Anschauungen fanden, wie sie eben ihren nationalen und in der Kriegsnot entstandenen Stimmungen entsprach. Die seit der Gründung des tschechischen Staates eingetretene staatliche und politische Herrschaft, die Erfolglosigkeit des bisherigen Regierungskurses und vor allem die riesige Wirtschaftskrise mit ihrem Gefolge von Arbeitslosigkeit und Elend hat die Masse der in der nationalsozialistischen Partei stehenden Lohn- und Gehaltsempfänger enttäuscht und verbittert und sie drängen nun darauf, daß die Führung der Partei mehr als bisher auf die

Klasseninteressen der Arbeiterschaft Bedacht nehmen solle.

Der Streit zwischen der mehr nationalsozialistisch orientierten alten Gruppe, welche auch die Mehrheit in der Führung der Partei besitzt, und jener, welche die Partei zu einer wirklichen sozialistischen Arbeiterpartei umgestaltet sehen möchte, nimmt immer heftigere Formen an, so daß am letzten Sonntag der Vorsitzende der Partei, Senator Křofas, höchstselbst ausdrückte, um die Rebellen abzuzeichnen. Er schlug die stärksten Töne an, wobei er es auch nicht unterließ, den Unzufriedenen den Hinauswurf anzudrohen. Es ist wohl wahrscheinlich, daß es der alten Führung der Partei dießmal noch gelingen wird, den Streit beizulegen, indem sie eine strenge „Säuberung“ vornimmt. Aber ob die Partei diese „Reinigung“, ohne größeren Schaden zu nehmen, überstehen wird, ist wohl mehr als fraglich. Damit aber können sich politische Folgen ergeben, die auch auf die Gestaltung der innerpolitischen Verhältnisse und auf den Bestand der allnationalen Koalition nicht ohne Wirkung bleiben würden. Die Lenker dieser Koalition glauben sie festbegründet, wenn nur alle Parteien, die sie umfaßt, treu zusammenhalten, in dessen naht der Sturm an manchen dieser Parteien und macht sie von innen morsch und brüchig und ehe die stolzen Koalitionserbauer es ahnen, kann das Gebäude wie ein Kartenhaus zusammenstürzen. So müßte die Krise der tschechischen Nationalsozialisten die Machthaber im Staate erkennen lassen, daß ihre Herrlichkeit sehr leicht zerfließen, und die Majorität, auf welche sie sich stützen, einmal über Nacht weggeblasen sein kann.

## Inland.

Kein Parlament!

Die schon berichtet, soll das Parlament „vorläufig“ nicht zusammentreten. Das Präsidium des Abgeordnetenhauses hat die Forderung des Klubs, des Parteivorstandes und der Gewerkschaftsorganisation nach sofortiger Einberufung des Abgeordnetenhauses mit Mehrheit abgelehnt. Auch die tschechischen Sozialdemokraten haben in den letzten Tagen das Verlangen nach Einberufung des Hauses gestellt, aber dennoch hat in der Sitzung des Abgeordnetenhausespräsidiums nur der Vertreter der deutschen Sozialdemokraten für die Einberufung gestimmt. Die Mehrheit des Präsidiums hält es also nicht für dringlich, daß das Parlament zusammentrete. Eine fürchterliche Wirtschaftskrise sucht die Bevölkerung heim, zehntausende Arbeiter und Angestellte rufen nach Hilfe, aber die Einberufung des Parlamentes, der einzigen Stelle, wo die notleidende arbeitende Bevölkerung ihre Stimme erheben könnte, hält das Präsidium nicht für dringlich. Auch die Regierung nicht. Sie hat wohl in ihrem Aufruf an die Bürger des Staates eine Reihe gesetzgeberischer Maßnahmen gegen die Krise und Teuerung angekündigt, aber gerade über ihre Weisung unterbleibt die Einberufung des Parlamentes. Deutlicher kann das freile Spiel, das die Regierung mit der Bevölkerung treibt, nicht zum Ausdruck kommen: die Regierung verspricht, im gesetzgebenden Körper Anträge auf Bekämpfung der Teuerung und Wirtschaftsnot zu stellen, aber sie verhindert, daß das Parlament zusammentrete, um die angekündigten Anträge zu beschließen! Man kann dies nicht anders denn als eine Probozierung der arbeitenden Bevölkerung bezeichnen. In der „Narodni Politika“ sind die „Gründe“, von denen sich die Mehrheit des Präsidiums leiten ließ, angeführt. Das „Gutachten“ der Regierung sei dahin gegangen, daß es nicht tunlich sei, das Abgeordnetenhause jetzt zusammentreten zu lassen, da der Ministerpräsident nicht anwesend ist und in Genf weilt. Herr Dr. Beneš führt dort die Vertretung der nationalsozialistischen und imperialistischen Ansprache der tschechischen Gewalthaber, was eben die famose Regierung für wichtiger hält, als daß für die notleidende Bevölkerung gesorgt werde. Auch bereite die Regierung die Vorlagen betreffend die außerordentlichen Maßnahmen erst vor. Das soll ein weiterer Grund für die Nichteinberufung des Parlamentes sein! In Wirklichkeit ist dies nur eine schwere Anklage, welche die Regierung gegen sich selbst erhebt, da sie bisher noch immer nicht Zeit gefunden hat, die nötigen Vorlagen auszuarbeiten, obwohl sie wahrlich Zeit genug gehabt hätte. Alle diese „Gründe“ sind zu sabberheilig, als daß man sie ernst nehmen könnte und nicht erkennen müßte, daß sie leere Ausreden sind. So soll denn das Parlament erst in der zweiten Hälfte Oktober (!) zusammentreten. Bis dahin hat die Bevölkerung geduldig zu warten! Mag es auch dann vielleicht zu spät sein, Hilfe zu bringen, was schert das die Regierung! Es schert sie auch nicht, daß in den letzten Wochen hunderte von Arbeiterversammlungen stürmisch die Einberufung des Hauses gefordert haben! Wir leben eben in dem herrlichsten der Staaten, so man den Namen einer freien demokratischen Republik gegeben hat. Frei: denn die Freiheit des Verhungerns findet keine Grenzen! Demokratisch: denn das Volk kann fordern, so viel es will! Republikanisch: denn die Petka verkündet: die Regierung sind wir! . . .

1200 Millionen Defizit. Wie die „Libere Noviny“ berichten, beträgt das Defizit im Staatsvoranschlage für das Jahr 1923 1200 Millionen Kronen. Durch weitere Abstriche in den Ressorts der Ministerien für Nationalverteidigung, Eisenbahn und — wir leben doch in einer Republik, wo es vor Demokratie und Sozialpolitik nur so trieft — Sozialfürsorge und Gesundheitswesen hofft man das Defizit auf 600 Millionen Kronen herabzusetzen. Die Entscheidung darüber fällt während der Anwesenheit des Ministerpräsidenten Beneš in Prag.



neral Tomson, welcher spät abends dem Ministerpräsidenten Poincaré einen Besuch abstattete, erklärte, er stimme vollkommen mit der von Frankreich gegenüber der Türkei befolgten Politik überein.

### Der Lohnkampf im Ostrauer Revier.

#### Keine Einigung.

Mähr.-Ostau, 19. September. (Tsch. R. B.) acute wurde in den Verhandlungen über die Bedingungen des neuen Mostkohlensvertrages für das Ostrau-Karwiner Steinkohlensrevier fortgesetzt. Bei der Eröffnung der Verhandlungen konstatierte der Vorsitzende, daß die Paritätskommission zum 15. September 1922 gegenüber dem 1. November 1920 einen Rückgang der Preise der Lebensbedarfsartikel um 31,94 Prozent sicherstellte. Der Lohnabbau wird im Verhältnis zu der eingetretenen Verringerung derart durchgeführt werden, daß zunächst 7 Prozent abgerechnet werden, um welche bereits die Löhne und Zulagen herabgesetzt wurden; die restlichen 25 Prozent werden vom Gesamtlöhne einschließlich der Familienbeiträge bei jeder Auszahlung abgezogen werden. Die Vertreter der Gewerke erklärten diesen Forderungen nicht entsprechen zu können. Der Vorschlag der Arbeiterschaft auf kleinere und abgestufte Herabsetzung der Löhne nach der Anzahl der Arbeitstage in der Woche ist unannehmbar. Da kein Einvernehmen erzielt wurde, ersuchten die Vertreter der Arbeiterschaft den Vorsitzenden, für Donnerstag, den 21. d. eine Beratung beider Parteien in das Ministerium für öffentliche Arbeiten nach Prag einzuberufen.

### Das Reparationsproblem in Genf.

Genf, 19. September. Am Ende der heutigen Abenddiskussion des Abrüstungsausschusses wurde plötzlich unter großer Aufmerksamkeit aller Teilnehmer die Reparationsfrage zur Debatte gestellt. Lord Robert Cecil verlas einen ausführlichen Antrag, der als Voraussetzung für die Abrüstung die Lösung der Reparationsfrage und der interalliierten Schulden bezeichnend. Foubert erwiderte, daß Frankreich mit einer Aussprache über diesen Punkt einverstanden sei und die französische Delegation bereits bestimmte Vorschläge zu Lord Ceils Anregung ausgearbeitet habe. Damit den anderen Delegationen Zeit zur Stellungnahme bleibe, beantragte er, daß er bei der nächsten Sitzung die Debatte eröffne.

### Tages-Neuigkeiten.

#### Butterzucker.

Au der Grenze zwischen einem Staate mit „edler Valuta“ und einem andern mit nichtedler Währung herrsche und herrsch' heute noch trotz aller Sperrmaßnahmen ein recht reger Grenzverkehr. Dieser Tage nun ging ein Junge auf stillem Waldpfade von drüben nach hien. Er trug ein Wecklein Butter als köstlich Gut und war voll Freude. Aber „Mit des Geschickes Mächten“ sollte auch unser Bürschlein nicht „den ewigen Bund schlechten“ dürfen. Denn schon wahrte das Auge des Geheles, tat seinen Mund auf und beschlag' alle die Mannware trotz Flehens, Bittens und Weinsens des kleinen armen Sünder. Der strenge Hüter des Geheles hörte den Risselater noch dahin auf, er könne froh sein, wenn er den Vater des Schmugglers nicht einsperren lasse, sprach's und ging davon.

Der Junge sah ihm mit tränenden Augen und ditto Nase nach, lutschte am Daumen und sog gute Gedanken daraus. Denn ihn packte die Neugierde, er mußte wissen, was mit seiner But-

ter geschehen würde. Also folgte er dem Hüter der heiligen Ordnung und sah wie dieser an heimlichem Orte die Butter sorgsam barg und hierauf abging. Mann waren die Schritte im Waldedunkel verhallt, eilte der gute Junge herbei, bog die Zweige auseinander und unterdrückte nur schwer einen jauchzenden Ruf der Freude — er fand nicht nur sein „Wecklein“, sondern noch 16, in Worten: sechs zehn Butterwecklein, die er natürlich schleunigst in Sicherheit brachte.

Zur Verhütung guter sozialer Republikaner und Bürger sei um der historischen Wahrheit willen mitgeteilt, daß „so was“ bei uns nicht geschieht. Wer zweifelt daran?

**Demonstrationsveranstaltungen.** (Bergreichtestein.) Samstag, den 16. d. M. fand im Gasthause „Weißes Rössl“ in Bergreichtestein eine von der Bezirksorganisation in Bergreichtestein einberufene öffentliche Versammlung mit der Tagesordnung: „Gegen Wirtschaftsnot und Arbeitslosigkeit für den Preisabbau“ statt. Bezirksvertrauensmann Genosse Josef Kederzogl schilderte als Referent in seinen fast zweistündigen Ausführungen die Entstehungsbursachen der gegenwärtigen Arbeitsnot. Die hohen Steuern, speziell die Kohlensteuer und Umsatzsteuer, welche immer wieder der Arbeiter am meisten zu tragen hat, tragen mit zur Krise bei. Zum Schlusse seiner Ausführungen forderte Genosse J. Kederzogl die anwesenden Arbeiter und Arbeiterinnen auf, in Anbetracht dessen, daß unsere schlechte Lage nur durch eigene Kraft und Stärke verbessert werden kann, die gewerkschaftliche, wie auch politische Organisationsfähigkeit auf das tätigste zu unterstützen, um ein festes Bollwerk gegen den alles verschlingende Moloch „Kapitalismus“ zu errichten. Wie noch wurde die beschlossene Resolution einstimmig von der versammelten Arbeiterschaft angenommen. — (Dolleschen.) Sonntag fand im Gasthause Senst in Dolleschen eine Protestversammlung der Arbeiter und Beamten statt, in der zur Tagesordnung Genosse Stoboda-Mies sprach. Seine Ausführungen der furchtbaren wirtschaftlichen Zustände in klarer kurzer Darstellung. Insbesondere legte er die Schuld der Prager Regierungsmacher offen an den Tag. Nach ihm sprach Genosse Gottfried, der auf die Arbeitslosigkeit in der Spiegelglasindustrie und auf die Tatsache verwies und ausführte, daß auch im Gebiete Böhmischer Südböhmen in nahezu sämtlichen Glasfabriken die Arbeiter entlassen oder gekündigt sind. Die Unternehmer gehen zum Teile daran, die maßlosesten Lohnherabsetzungen den Arbeitern aufzwingen zu wollen. Zugleich sehe man die Schwarzen und Gelben gleich Hyänen auf dem Schlachtfelde gegen die Arbeiterschaft zielbewußt wüten, durch Gründungen von Verräterorganisationen. Es sei die Aufgabe des Proletariats, daß es sich aktionsfähig erhalte. Darum sei es erstes und eiserne Gebot der Stunde, mehr denn je die politische Organisation zu stärken und die aufflärende Parteipresse zu lesen. In dieser Beziehung hat die Lokalorganisation in den nächsten Tagen die Vorbereitungen zu veranlassen. — Die vom Referenten vorgeschlagenen Resolution fand einstimmige Annahme.

**Im Krankenhaus in Prag-Weinberge** und auch in vielen Krankenhäusern der Republik herrscht noch die Sitte, daß vor dem Schlafengehen die Kranken durch lang währenendes Beien, das von den Krankenschwestern arrangiert wird, um die notwendige Ruhe gebracht werden. Und die Schwestern scheuen sich nicht, auch in jenen Krankenzimmern „Abendandachten“ zu veranstalten, in denen sich zum Teil Konfessionslose befinden. Es macht auf die Kranken den denkbar schlechtesten Eindruck, wenn jeden Abend durch die langen Gänge das einöhrige, inhaltslose, dafür aber umso lautere Einberdellamieren der Gebete schallt, das da besonders, wie das „Aude Pravo“

meldet, von den in Pflege befindlichen Stowaken geübt wird. Was würden wohl die Arrangeure dieser Komödie sagen, wenn es jemandem einfallen würde, im Krankenhaus am Abend ein Lied singen zu wollen. Sie würden einen großen Kravall schlagen und von Rufschreibern sprechen. Sie selbst wollen es jedoch nicht merken, daß sie sich unverantwortlich aufzweigen benehmen und dabei furchtbar lächerlich machen.

**Die Elektrische wird billiger.** — jedoch nicht in Prag, denn dort enging die Bevölkerung, wie bekannt, vor einigen Tagen nur mit Mühe der drohenden ungewarnten Verteuerung dieses so wichtigen Verkehrsmittels. Also nicht in Prag, sondern in Brüx wurde am 15. September die Straßenbahn billiger. Der Fahrpreis beträgt jetzt dort 50 Heller und 120 Kronen statt früher 80 Heller und 140 Kronen. Auch die Brüxer Straßenbahnverwaltung denkt daran, in kürzester Zeit die Tarife zu erniedrigen.

**Herabsetzung der Tabakpreise!** Wie die „Lidove Listy“ zu berichten wissen, werden ab 1. Oktober alte Rauchwaren billiger werden. Eine Ägyptische wird beispielsweise 30 Heller, eine Sport 16 Heller, Jora sechs Heller und Virginiajagaren 150 Kronen kosten.

**Der Kongreß der tschechischen sozialdemokratischen Frauen** findet am 29. Oktober in Prag statt. Die Tagesordnung lautet: 1. Organisatorischer Bericht, Referentin Sekretärin Feldel. 2. Die Arbeit der Frauen auf gesetzgeberischem Gebiete, Referentin Senatorin Elstein. 3. Die kulturelle Sendung der sozialdemokratischen Frauen, Referentin Redakteurin Seberny. 4. Organisation und taktische Fragen, Referentin Abgeordnete Karpiskova. 5. Verschiedenes.

**Kugelwunde Pressefreiheit.** Die Preßburger deutschen und magyarischen Blätter erhielten von der Staatsanwaltschaft ein Schreiben zugesandt, das die Freiheit der Presse in diesem Staate in ein sonderbares Licht rückt und in dem es heißt: „Laut der uns zugekommenen Verständigung ergeben seitens der französischen Regierung ununterbrochen Klagen gegen die aggressive Schreibweise der hiesigen deutschen und magyarischen Blätter. Es wird im staatsräsonnablen Interesse gebeten, von dieser Schreibweise gegen die verbündeten Staaten des Großen und Kleinen Verbandes Abstand zu nehmen.“ — Eine schöne „Preß“freiheit haben wir in diesem Staate, nicht?

**Der „Sozialdemokrat“ — in Rumänien verboten!** Western kamen an unsere Administration Exemplare des „Sozialdemokrat“, die nach Czernowitz abgegangen waren, mit dem Vermerk zurück: „Retour! Distribution défendue.“ (Zurück! Verbreitung verboten.) Die Verbandschleusen zierte weiters eine Stampiglie der rumänischen Zeitungszensur. Wir müssen gestehen, daß uns die liebevolle Aufmerksamkeit und Teilnahme der rumänischen Zeitungszensur unserem Blatte gegenüber nicht sonderlich überrascht hat. Denn auf ein derartiges Vorgehen mußten wir ja seitens eines Staates, in dem nur die Willkür und die schrankenloseste Reaktion herrscht, gefaßt sein, zumal wir bereits einmal ein Exemplar unseres Blattes mit dem gleichen Vermerk aus Rumänien zurückgeschickt erhalten. In dem vorliegenden Falle wird dem rumänischen Zensur wohl unser Leitartikel der bestimmten Blattfolge (7. September) nicht gefallen haben, der die französischfreundliche Politik der Kleinen Entente einer scharfen Kritik unterzieht. Die Herren in Rumänien vertragen eben die Wahrheit eben so wenig wie die hohlen Herrschaften bei uns, nur ist man in Rumänien etwas — na, sagen wir — feinspürlicher!

**Die Merikalen werden immer frecher!** Die Christlichsozialen und sonstigen Pfaffenbrüder veranstalteten am 24. d. M. in Warnsdorf einen Katholikentag, auf dem sie nach der Vorgangsweise der „Tagungen“ in Tepitz und

Warnsdorf die allzeit getreuen Schäflein beiderlei Geschlechtes mit den modernsten christlichsozialen „Schlagern“ einseifen und für ihre habgierigen Nachenschaften gefügig machen wollen. Sämtliche Freikantler von Warnsdorf werden nun für diesen Tag zu einer Gegendemonstration aufgerufen, die den Merikalen beweisen soll, daß sie nicht mehr imstande sind, die Massen, durch ihr salbungsvolles, hinterlistiges Gerede für sich einzufangen, sondern daß die Bevölkerung nicht mehr gewillt ist, dem Treiben der römischen Solknechte untätig zuzusehen. Ob dieser angekündigten Gegendemonstration seit nun die Merikale Warnsdorfer „Volkzeitung“ Zweifel und Galle. Die Herren können es nicht verhindern, daß an dem Tage, an dem sie mit Weib und Kind und Weibwassermedeln das Feld beherzigen wollten, die „gottlosen“ Sozialisten und Freikantler es wagen dürfen, eine Protestversammlung abzuhalten. Und da die Römlinge diese Versammlung nicht, wie in der „guten, alten Zeit“ einfach verbieten können, so führen sie jetzt eine niederrichtige Debe gegen die „Noten“. Sie erschrecken sich dabei noch, von Demokratie zu reden, für die sie am 14. Holikentag das Ergebnis ablegen wollen. Höher geht wirklich die Freiheit der Schwarzen nicht! Doch hört weiter, was die „Volkzeitung“ in einem Aufrufe schreibt:

„Wir sind nur gespannt darauf, ob wirklich die Arbeiterinnen und Arbeiter des Warnsdorfer und Annburger Kreises durch die Teilnahme an einer solchen Veranstaltung bei solcher Gelegenheit sich den Vorwurf zuschieben wollen, für das richtige demokratische Denken noch nicht reif zu sein.“

Die Herren bei der „Volkzeitung“ sollten lieber nicht so gespannt sein, da sonst ihre Enttäuschung dann eine niederschmeiernde wäre. Die Arbeiter wissen es schon genau, wo sie für die richtige Demokratie eintreten können und verzichten daher dankend auf die Belehrungen der „Volkzeitung“, die sie nur als ungläubliche Verhöhnungen empfinden.

**Die Geliebte erschossen.** In einem Wäldchen bei Stalk in Mähren erschaf dieser Tage der 29jährige Gewerbetreibende Franz Zöfleler seine Geliebte Antonie Kadel, eine Bauerntochter aus Stalk, durch drei Schüsse aus einem Repetiergewehr. Nach der Tat schickte er dem Schulleiter des Orts einen Brief, in dem er ihm mitteilte, wo die Leiche des Mädchens sich befindet. Er gibt als Motiv der Tat die unüberwindliche Abneigung der Eltern des Mädchens gegen eine Heirat an.

**Das gegenwärtige Programm des Theatre variete in Prag-Karlin** erhält einen künstlerischen Einschlag durch das Auftreten zweier Virtuosen, und zwar eines Balalaikenspielers (ein russisches Instrument, das der Mandoline verwandt ist) und eines Künstlers auf dem Kontrabaß. Außerdem tritt in einem Singpiel ein Sänger und eine Sängerin auf. Auch die übrigen Varietenummern, wovon wir insbesondere den tschechischen Komiker Burian hervorheben wollen, sind sehenswert.

**Die Zentralkomitee der deutschen Enthaltensamkeitvereine** in der Tschechoslowakischen Republik veranstaltet in der zweiten Hälfte des Monats Oktober in Prag gemeinsam mit dem Ausschusse für alkoholfreie Jugendziehung der deutschen Bezirkskommission für Kindererziehung und Jugendfürsorge in Prag und der deutschen Gesellschaft für sittliche Erziehung in Prag im „Artonia“-Saale in Prag eine Ausstellung über den Alkoholismus und seine Bekämpfung. Um diese Zeit findet auch ein zweitägiger Lehrkurs über diesen Gegenstand für Lehrpersonen jeder Art statt. 50 Teilnehmern an diesem Kurse wird der Erlaß der Jahrlosten nach Prag und freie Verpflegung — über Wunsch auch freie Unterkunft — gewährt. Anmeldungen zu dem Kurse unter Berufung auf diese Anzeige an die genannte Zentralkomitee in Prag VII, Getmanova 14, 3. Stof, Tür 13.

### Rees Doort.

(21)

Ein flämischer Sittenroman von Georges Gethoud.

„Und welche Pferde! Wie sind sie hübsch gepulvt! Und wie nehmen sie sich aus mit ihren Bändern, die lieben Tiere! Und unsere Hüte mit den Federbüscheln, was sagt ihr von denen gute Leute? Seht einmal! Ah, ah!“

„Zusammen reiten wir über die Straße und kommen zu den „Drei Linden“. Wenn wir nur nicht dort hängen bleiben, bei dem herrlichen Birte. Geht acht, Kameraden, denn das Bier ist dort köstlich.“

„Und dann geht's auch durch Ruh und Carte, über den „Grillenberg“, durch den „Silberwinkel“, ohne die bekannten Kapellen der breiten Straße und die Wallfahrt nach dem Pütter Walde zu vergessen. Aber Dinghelaar ist die letzte Station. Ah, ah!“

„Wenn wir wieder nach Dinghelaar kommen, werden wir die Freunde dort finden mit der Pinte in der Hand. Was werden wir dann jauchen! Von ferne hören wir das Tierchen jammern. Ja, ihr Mädchen, jetzt sind wir wieder da. Mit unseren Reffen, wahren Löwen, kommen wir aus der Mördergrube. Hu, hu!“

„Geht acht! Wer diesem Tierchen den Kopf abreißt, dem gehört die Krone. Und auf seinem Gute wird man in goldenen Ketten liegen, daß er der König unserer ganzen Kompagnie ist. Hi, hi!“

„Ja, wir werden ihn tröhen, unsern König, mit einem Band von feinstem Seide. Jetzt aber heißt's zu trinken: dem künftigen König!“

„Du, unser Mundschent, verliere nur den Mut nicht! Zum Kaffe, tüchtiger Junge! Was du verblühen, macht niemand arm, und die auf dich vertrauen, die sind brav!“

„Und ihr, ihr Mädchen, freut euch. Seht die Jungen von Dinghelaar, die tapferen Gänsemeister. Laßt nur nicht fort, denn wisst wohl: die Reiter tanzen gerne. Nebt eure runden Beine, um sie flott zu machen. Juvor doch trinkt noch mit uns aus unserm Glas. Alo!“

Während sie so sangen, dehnte sich ihre lange Reihe unter dem grauen Märzimmel dahin. Die letzten Strophchen der Ballade verloren sich mit den Fußschlägen hinter der Kirche und dem Kirchhof, um den sie herumritten, um aufs flache Land zu gelangen. Bevor sie das Gebiet der Pfarrei verließen, bezahlten sie noch einen Zoll, die durstigen Sänger, im Wirtshause der Wirtnehermswitwe Reefs, und vom Dinghelaarer Kreuzwege hörte man sie noch schreien:

„Ihr Jungen, haltet euch bereit, dem Biere Ehre zu erweisen. Unser König begleitet uns: am Biere wird's nicht fehlen. Bald heißt es: Hoch die Käfer!“

Als zu ihrer Rückkehr erhielten die Leute zu Dinghelaar Nachricht von ihnen durch die Lauern, denen sie an den verschiedenen Haltestellen begegnet waren. Gegen neun Uhr stießen sie in Stabroel beim Küster Gose Kalpan an, und vor dem Pfarrhause fiel Bud Arctwyn vom Pferde, aber ohne sich zu verletzen. Zu Hilfe suchten Leute aus dem holländischen Streit mit ihnen anzufangen wegen der Gans und nannten sie Lämmel. Aber der Zusammenstoß wurde vermieden; bei der entschlossenen Haltung der Jungen von Dinghelaar machten die „Käseköpfe“ sich wieder über die Grenze. In den Straßen von Capellen wurden die Gänsemeister lange angehalten durch die dicken runden Bäden Vistas, der Tochter des Vegetarierers Camiel, und auch durch die hundert Binten, die ein freigebiger Fremder ihnen zum besten gab, damit sie ihm ihre Ballade singen sollten.

Während sie die Dörfer durchstreiften, kamen überall die Frauen mit der Nase ans Fenster, und die jungen Mädchen, die vor die Haustüre gelaufen saßen und unter den Vorbeiziehenden ihre Tänzer von der vorigen Kirmes erkannten, lachten ihnen zu, indem sie sagten: „Es sind die von Dinghelaar!“

Das dauerte bis halb zwölf. Da erschienen sie wieder auf der Straße von Capellen nach Dinghelaar. Man zählte sie wieder, und es schifte auch nicht einer.

Rees Doort, der sich unter die Zuschauer gemischt hatte, wurde in seiner Hoffnung enttäuscht, als er sah, daß Buß seinem neuen Reiter die Rippen nicht gebröchen hatte, und um zu zeigen, daß er noch gut am Leben war, schrie er: „In Dinghelaar ist die letzte Station. Ah, ah! Von ferne hören wir das Tierchen wimmern. Wir kommen aus der Mördergrube. Hu, hu!“

Indessen stieg Suske Draas, der „Anappe“ zur Erde, und indem er sich Tift Zap unterstützt näherte, bat er ihn um die Erlaubnis, das Kennen zu eröffnen. Der König geruhte das gnädig. Sus band das leidende Tier von dem königlichen Sattel los und beistellte sich es mit den Füßen mitten am Seile zwischen den beiden Stangen festzubinden.

Vier Bandrom stieß in sein Horn, und die Jungen stellten sich in eine Reihe.

Bei einem zweiten Signal setzten sie in der Reihenfolge ihrer Bedeutung an, indem sie den Pferden beide Sporen gaben. Am Augenblick, wo sie unter dem Seile hindurchritten, hielten sie sich gerade in den Steigbügeln, indem sie die Fügel mit der einen Hand an sich zogen — die weniger Geübten hielten sich an der Wähne an, um das Gleichgewicht nicht zu verlieren — und mit der anderen Hand ergriffen sie den Hals der zitternden Gans und rissen so heftig daran, wie ein ungeduldiger Besucher an einer Klingel

zieht. Die Gans wurde dadurch aus ihrer Leithargie geweckt und gebärdete sich in grotesken Zuckungen, indem sie vor Schmerz schnarrte.

Die zwanzig Reiter ritten alle hindurch, und nach Suske Draas, dem Rehen der Bande, fing der Zug mit dem König Tift Zap wieder an, und so ging es fort, zweimal, dreimal, zehnmals, zwanzigmal bis man schließlich nicht mehr wußte wie oft.

Bei den ersten Touren zog die Gans von selbst den Kopf wieder in die Brust zurück, aber sie konnte sich zusammenschieben wie sie wollte: die Hand des folgenden Reiters fand den ängstlichen Kopf unter den weichen Federn schon wieder. In die Länge gerissen, zerquetscht und verwundet, zog der Hals sich immer langsamer zusammen, und schließlich hing er ganz schlaff und kraftlos da und versuchte es nicht einmal mehr, sich den Händen der Lämmer zu entziehen.

Unterdessen gönnte man den Pferden eine kleine Rast, damit sie sich verhaspeln könnten, und das gemartete Tier, das durch diese kurze Ruhe schon plautte, gerettet zu sein, zog langsam und mit vieler Mühe den halb gedrückten Kopf wieder an sich.

Gleich darauf kehrten jedoch die schwierigen Häute der großen Kerle wieder zu ihrer unbarmherzigen Arbeit zurück, und die mit großen Augen und weit geöffnetem Munde am Fuße des Halses stehenden Buben sahen wieder, wie das Blut herabstropfte und die Federn herumschlugen.

Wohinmals glaubte man, die Gemartete sei vollends verendet. Man hatte auf dem Zifferblatt des Richtums die Minuten gezählt, die seit ihrer letzten Zuckung verfloßen waren. „Endlich!“ sagten einige Frauen, die nunmehr ansingen, Mitleid zu empfinden; „schon!“ murrte Janneke, der mit anderen Buben eine Liebhabergruppe bildete, die um nichts in der Welt gewachsen wäre.

**Schärfste Opposition gegen die Czechoslovakische Regierung** findet das „Slovak“ im Anschluß an die von einem deutsch-bürgerlichen Politiker in der „Tribuna“ veröffentlichte Oppositionseinstellung an. Das Blatt schreibt: „Wenn sich das Kabinett Czechoslovakien unseren nationalen Bestrebungen und allen Ungerechtigkeiten gegenüber wie die bisherigen Kabinette verhalten wird — und das kann man jetzt schon als sicher annehmen — so darf es niemanden überraschen, wenn die slovakische Volkspartei konsequent sein und gegen die Regierung Czechoslovakien in scharfer Opposition treten wird. . . . Garantiert das Kabinett Czechoslovakien nicht dafür, die Ungerechtigkeiten gegen die Slovakien zu beseitigen, so rückt die Zeit heran, da es offenbar wird, was die Abgeordneten und Senatoren der slovakischen Volkspartei schon am 6. d. M. erklärt haben: eine gemeinsame, allmenschliche Front zum Schutze unseres Lebens, unseres Besitzes, Brotes und der Arbeit mit allen Unterdrückten in dieser Republik zu bilden.“ Die „Tribuna“ fügt hinzu: „Der führende deutsche Politiker, der die Realitäten eines gemeinsamen Vorgehens der Oppositionsparteien verstanden hat, hat nicht in den Wind gesprochen.“

# Der Augsburgener Parteitag zur Ernährungsnot Deutschlands.

Augsburg, 20. September. In der heutigen Sitzung des sozialdemokratischen Parteitages wurde die Diskussion über den Bericht der Reichstagsfraktion fortgesetzt. Mehrere Redner wendeten sich hierbei gegen die Ernährungsnot der Agrarier und verlangten energische Maßnahmen gegen die reaktionären Bestrebungen, Hermann Wendel wies darauf hin, daß unter dem Reichsverwesler die Wehrmacht der Republik eine Armee gegen die Republik geworden sei. Es gebe noch immer Kreise in Deutschland, die Tag und Nacht von einem Revanchemotiv träumen. Marzwall (Frankfurt a. M.) kritisierte scharf die Haltung der Fraktion in der Steuererhebung und in der Frage der Sozialisierung. Er verlangte, daß die Praxis der Partei mit den Beschlüssen der Parteitage in Uebereinstimmung gebracht werde. — Reichspräsident Löbe führte demgegenüber aus, daß man nicht immer die letzten Konsequenzen ziehen könne, wenn die aufgestellten Forderungen nicht sofort durchgeführt werden. Er hoffe, daß die bevorstehende Einigung es ermöglichen werde, das Schwerkriegsrecht der sozialdemokratischen Forderungen zu erhöhen. In der Regierung müßten diejenigen Tendenzen unterdrückt werden, die für eine friedliche Verständigung der Völker eintreten. Löbe unterbreitete dem Parteitage den Antrag, an die Reichsregierung das dringende Ersuchen zu stellen, im Interesse der Teilnahme Deutschlands an einem friedlichen Wirtschaftswettbewerb der Menschheit, den Eintritt des Deutschen Reiches in den Völkerbund herbeizuführen, sobald ihm darin eine

der Bedeutung der deutschen Wirtschaft und Kultur angemessene Stellung gesichert sei. Zur Frage der Bekämpfung des Lebensmittelmittelwuchers hat der Parteivorstand dem Parteitage eine Entschließung vorgelegt, in der die Durchführung einer Reihe von Maßnahmen verlangt wird: die Devisen-Spekulation müsse beseitigt, die Einfuhr auf das notwendigste Maß beschränkt werden, gegenüber der Preispolitik der Kartelle und Trusts müsse eine strenge Kontrolle geübt werden. Es wird weiter eine Anzahl Forderungen zur Sicherung der Lebensmittelversorgung gestellt, von denen die wichtigsten sind: Der Zwang zur Ablieferung des Umlagegetreides, das Verbot der Kuchenherstellung, die Versorgung der Bevölkerung mit inländischem Zucker, die Begünstigung der Einfuhr von Getreide und die strenge Durchführung der Wuchergesetze. Es sprachen hierauf noch einige Referenten. Nach einem Schlußwort wurde zur Abstimmung über die dem Parteitage vorgelegten Anträge geschritten. Angenommen wurde unter anderem ein Antrag Löbes auf Ausnahme Deutschlands in den Völkerbund. Weiters wurde die Resolution des Parteivorstandes gegen die Teuerung angenommen. Abgelehnt wurde ein Antrag auf grundsätzliche Ablehnung der Koalitionspolitik mit der Deutschen Volkspartei. Hierauf wurde die Sitzung geschlossen, und auf morgen vertagt. Morgen gelangt die Einigungsfrage zur Tagesordnung. Diese Sitzung wird jedenfalls den Höhepunkt des Parteitages bedeuten.

# Tages-Neuigkeiten.

**Herbstfalle.**  
Von Konrad Ferdinand Meyer.  
Genug ist nicht genug! Geprüfene werde der Herbst! Kein Ast, der seiner Frucht entbehrt! Tief beugt sich mancher allzureich beschwerter, der Apfel fällt mit dumpfem Laut zur Erde.  
Genug ist nicht genug! Es laßt die Laube! Die fassige Firsche winkt dem durstigen Rande! Die trunkenen Wespen summen in die Runde: „Genug ist nicht genug!“ um eine Traube.  
Genug ist nicht genug! Mit vollen Jügen schärft Dichtergeist am Vorne des Genusses, das Herz, auch es bedarf des Ueberflusses, Genug kann nie und nimmermehr genügen.

**Kommunistische Vertragsarbeit in Reichenberg.** Für Montag, den 18. d., hatte der Industriellenverband für den Reichsberger Kreis die Vertreter der Textilarbeiter zu einer gemeinsamen Besprechung über einen neuen Vertrag geladen. Als die Vertreter der Union der Textilarbeiter vor das Haus kamen, in dem die Verhandlungen stattfanden, wurden sie von einer Anzahl Kommunisten empfangen, unruhig, beschimpft und körperlich bedroht. Aus den Fenstern saßen die lachenden Unternehmersekretäre dieser „Einheitsfront“, welche die Kommunisten hergestell hatten, zu. In einer Zeit, da die Klassengegner der Arbeiterschaft überall Massenentlassungen vornehmen, sämtliche Verträge kündigen und sich abscheiden, der Arbeiterschaft die Löhne herabzusetzen, finden es die Kommunisten für zweckmäßig, direkt vor der Unternehmerkanzlei die Zerrissenheit der Arbeiterorganisationen offen zu bekunden. Die Vertrauensleute der Union der Textilarbeiter haben daher für Mittwoch, den 20. d., eine Vertrauensmännerversammlung des Kreises Reichenberg einberufen, damit die Arbeiterschaft erfährt, wie die Kommunisten die Arbeiterbewegung in einer so schweren Zeit schädigen.

„Ein Strom neuen Blutes und neuen Mutes . . . beginnt bereits zu fließen. Im Duxer „Tag“ konnte man gestern folgende Annonce lesen:

## Völlische Aufbaubarbeit als Haupt- oder Nebenberuf.

Hohe Verdienstmöglichkeit. Näheres unter „Salber“ durch die Verw. d. Blattes.  
Bisher glaubten wir, die „völlische Aufbaubarbeit“ würde aus reinstem Idealismus geleistet; jetzt erfahren wir, daß sie „hohe Verdienstmöglichkeiten“ liefert und sowohl als Haupt- wie als Nebenberuf gut seinen Mann macht. Man braucht nicht neugierig zu sein, wer diese „Aufbaubarbeit“ honoriert: es wird gewiß ein deutsch-sozialistischer Fabrikant sein. Denn die sind bei der arischen „Arbeiterpartei“ zu Hause.

**Prophezie Worte.** In der Vorläuferin der Arbeiter-Zeitung, der von Viktor Adler gegründeten „Gleichheit“, war am 16. Juni 1888 anlässlich der Entlassung des preussischen Spielministers Puttkamer eine Notiz erschienen, wahrscheinlich aus der Feder Adlers, worin es zum Schluß heißt: „Es ist ganz möglich, sich darüber den Kopf zu zerbrechen, ob der Sturz Puttkamers die Einleitung zu einer neuen Ära in Deutschland sei. Das nahe bevorstehende Ende des Kaisers Friedrich wird dieser Pläne, selbst wenn sie gehegt werden sollten, bald zerstören. So wird auch wohl mit dem Sozialistengesetz alles beim alten bleiben. So scheinen sich alle Umstände zu vereinigen, um die Situation mehr und mehr zu verschärfen, sie einer gewaltsamen Lösung zuzutreiben. Der jetzige Kronprinz wird als Wilhelm II. den Thron besteigen. Ob er auch als Kaiser sterben wird? Er ist jung, gesund und hat Zeit, vieles zu erleben.“

**Folterung einer Greisin in Bessarabien.** In Nowoseliha in Bessarabien kam, wie der Czernowitzer „Vorwärts“ meldet, einem Kaufmann ein größerer Gelddbetrag abhanden. Unter dem Verdachte, das Geld genommen zu haben, wurde die 65jährige Rilka Adermann verhaftet, weil sie zu jener Zeit im Hause des Kaufmannes beschäftigt war. Die Greisin beteuerte ihre Unschuld. Nichtsdestoweniger wurde sie durch die Gendarmen von Nowoseliha eingekerkert, „verhört“, das heißt man suchte ihr durch Anwendung von allerlei „Untersuchungsinstrumenten“ ein Geständnis abzufragen. Dieses Verfahren wird in Rumänien das „leichte Verhör“ genannt, da bei einer eventuellen Ausschließlichkeit dann das „peinliche Verhör“ an die Reihe kommt. Die Gendarmen ließen jedoch, als sie durch das „leichte Verhör“ aus der Greisin nichts herausbekommen konnten, von ihr ab und wollten sie freilassen. Dazu kam es jedoch nicht. Ein Verwandter des Kaufmannes, ein gewisser Josef Medweger ersuchte das Gendarmenkommando um Ueberlassung der Greisin, damit er das „Verhör“ privat weiterführen könne. Die Gendarmen waren so zuvorkommend, Medweger den Wunsch zu erfüllen. Ueber das Vorgehen Medwegers berichtet unser Czernowitzer Bruderblatt:

„Nun begann Medweger die ihm übertragene Amtshandlung mit Rilka Adermann. Er schritt sofort mit großer Sachkenntnis ans „peinliche“ Verhör. Das heißt, er legte der 65jährigen Greisin in die Achselhöhlen heißgegotene Eier, er trat auf ihr herum, er bearbeitete ihre Haut mit glühenden Eisenstäben, er ritz ihr die Fingernägel aus, kurz, er benützte alle die sinnreichen Mittel aus der Hausapotheke der Gendarmen,

# Ausland.

## Die Autonomie Ostgaliziens.

Der Gesetzentwurf betreffend die Autonomie Ostgaliziens, zu dessen Einbringung Polen durch die Friedensverträge verpflichtet ist und den sie immer wieder hinauschiebt, soll endlich in dieser Woche im Verfassungsausschuß des Sejm beraten werden. Er enthält im wesentlichen folgende Bestimmungen: Die Wojwodschaften Lemberg, Stanislaw und Tarnopol erhalten eine weitgehende Selbstverwaltung, deren höchstes Organ die Wojwodenschaft sind und in deren Bereich vor allem Kultur- und Schulaangelegenheiten ausgenommen die Universitäten öffentliche Wohltätigkeit, Sanitäts-, Straßen- und Eisenbahnwesen, Agrarfragen, Förderung von Industrie und Handel fallen. Dem Wojwodsejm steht das Recht zu, in diesen Angelegenheiten Gesetze zu beschließen, die der Sanction des Präsidenten der Republik Polen unterliegen. Die Wojwodsejms werden durch direkte Wahlen gebildet, wobei auf 25.000 Bewohner 1 Mandat entfällt. Das aktive und passive Wahlrecht: der auf 5 Jahre zu wählenden Mitglieder steht den Personen zu, die das Wahlrecht zum Sejm der Republik Polen besitzen. Die polnischen und die ruthenischen Wähler wählen getrennt gesondert. Die Sejmmitglieder bilden 2 getrennte Kammern, eine ruthenische und eine polnische Nationalkammer, die in den nationalen Fragen gesondert Beschlüsse fassen und nur in gemeinsamen Fragen gemeinsam entscheiden. Der Wojwodsejm wird vom Präsidenten der Republik einberufen, verliert und aufgelöst. Im Falle der Auflösung haben die Neuwahlen längstens binnen drei Monaten zu erfolgen. Der Wojwodsejm wird mindestens einmal im Jahre einberufen. Den Mitgliedern der Sejms steht das Recht der Immunität nur während der Session der Sejms zu. Zum Zwecke der Vorbereitung und Ausführung der Sejmbeschlüsse sowie zur Ausführung der Selbstverwaltung werden zwei Kommissionen ins Leben gerufen, eine für Kultur und Unterricht und eine Wirtschaftskommission, die wieder in getrennten Sektionen, einer polnischen und einer ruthenischen, arbeiten. Die Kommissionsmitglieder werden zur Hälfte von den beiden Nationalkammern gewählt, zur Hälfte vom Wojwoden ernannt. Zur Erleichterung der Anlegung von Wählerlisten und der Listen von Steuerträgern werden nationale Kataster von beiden Nationalitäten angelegt. Die Selbstverwaltungsbehörde bestimmt ihre innere und äußere Amtssprache selbst. Die Unterrichtsprache in den Schulen wird jedoch von der Nationalkammer für die Schulen ihrer Nation selbst bestimmt. Bei Besetzung von Staatsposten wird den gerechten Bedürfnissen entsprechend Rücksicht genommen. Die Gründung und Organisation der ruthenischen Universität wird der Regierung und dem Sejm der Republik Polen übertragen. Die Selbstverwaltung Ostgaliziens tritt spätestens zwei Jahre nach der Publikation dieses Gesetzes in Kraft. Diese letztgenannte Bestimmung läßt vermuten, daß der ganze Entwurf nur eine Spiegelfechterei bedeutet, um eben den Friedensverträgen gerecht zu werden. Zu denken gibt auch die Vorschrift, laut welcher die Wahlrechtsbestimmungen zum Sejm der polnischen Republik für Ostgalizien gelten sollen. In jenem Wahlgesetz wird nämlich gefordert, daß jeder Gewählte die polnische Sprache in Wort und Schrift beherrschen müsse. Bleibt dieses Verlangen aufrecht, so wäre die „ruthenische“ Nationalkammer einer Mumie.

## Der Streik der Kaffeehausangestellten in Wien.

Wien, 20. September. (Eigenbericht.) Die Kaffeehausangestellten haben heute vormittag eine Betriebsraterversammlung gehabt, in der einstimmig beschlossen wurde, die Unnachgiebigkeit der Kaffeehausbesitzer, welche bloß eine Erhöhung der Löhne um 50 Prozent zugesprochen wollten, während sie bereits den Kaffee wesentlich verteuert haben, mit dem Streik zu beantworten. Von morgen früh an wird in den inneren Bezirken Wiens die Arbeit in den Kaffeehäusern ruhen. In den Kaffeehäusern der äußeren Bezirke wird vorläufig weiter gearbeitet. Zugleich wurde beschlossen, daß in den Kaffeehäusern, die die Forderungen der Arbeiter voll bewilligen, gearbeitet werden soll.

# Gegen Arbeitslosigkeit und Teuerung, für den Preisabbau.

## Die Wirtschaftskrise in der Bekleidungsindustrie.

Am 1. September erhielt der Verband der Arbeiter und Arbeiterinnen der Bekleidungsindustrie und verwandter Berufe von fast allen Großunternehmern die Lohnverträge aufgelündigt. So kündigte unter anderem der Verein der nordböhmischen Lederindustriellen (Fachgruppe der Lederindustrie im Deutschen Hauptverband der Industrie) den Lohnanteil des Vertrages, der sich für die Lederindustrie über ganz Nord- und Westböhmen erstreckt, weiter kündigte die vereinigten Lederfirmen von Abersham den bestehenden Kollektivvertrag auf die Dauer von vier Wochen auf, ebenso die Genossenschaft der Glacéhandschuhherzeuger von Abersham, Barringen und Platten mit dem Sitz in Abersham, die Firma Albrecht u. Sohn, Lederkonfektionsfabrik in Jwitzau, die Vereinigung der Arbeitgeber in der Bekleidungsbranche von Karlsbad hat auf die Dauer von sechs Wochen den Lohn- und Arbeitsvertrag der Damenschneider gelündigt.

Wie sich die Krise in den einzelnen Industriezweigen des Verbandes auswirkt, zeigt folgendes Bild. Von den gesamten Schuh- und Lederbetrieben dieser Republik haben bis zum heutigen Tage 60 Prozent ihre Betriebe vollständig gesperrt. Die Brüner Schuhindustrie, welche bis zum heutigen Tage die Arbeiter noch etwas beschäftigte, steht vor dem vollständigen Zusammenbruch. In ganz Mähren arbeitet nur noch eine Schuhfabrik, und zwar die Firma Bata. Diese Liste ließe sich noch unendlich verlängern, für heute sei nur das eine gesagt, daß nunmehr bloß 12 Betriebe von 57 Schuhfabriken arbeiten. In den Lederfabriken sind die Verhältnisse nicht besser. Furchtbar hat die Krise auch die Handschuhindustrie, vornehmlich die des Erzgebirges erfasst und ist zu befürchten, daß auch diese Industrie in den nächsten Tagen vollständig zum Stillstand kommt. Wie groß die Krise in diesem Industriezweig ist, beweist die kleine Zahl der Handschuhmachergehilfen, die hier beschäftigt werden. Vor dem Kriege zählte man 1400—1800, jetzt kaum 500 Arbeiter. Es fanden diese Tage in Prag zwischen den Vertretern der Arbeiter und Unternehmer Verhandlungen statt, in welchen beschlossen wurde, Schritte zur Rettung der Existenz dieses Industriezweiges zu unternehmen.

Nicht besser steht es in der Hutindustrie. In Neutitschein, wo der Hauptort der Hutindustrie ist, wurden starke Reduzierungen in der Arbeitszeit sowie Entlassungen der Arbeiterschaft vorgenommen. Auch dieser Industrie steht die Katastrophe des vollständigen Zusammenbruchs bevor.

## Betriebsstilllegungen in der Textilindustrie.

Die Unternehmer haben ihre Drohungen wahrgemacht und folgende Betriebe in Ostböhmen am 18. September l. J. stillgelegt: Gebrüder Walzel, Parschnig, Ignaz Strich, Baumgärtner, Johann Falits Erbe, Trautmann, Johann Falits Erben, Jungbuh, Ignaz Strich, Ober-Altsch, J. A. Kluge, Duntelthal, Alois Hofe Trautmann, Wihard, Schaylar, mit insgesamt 3349 Arbeitern. Die Arbeitgeber zahlen noch 14 Tage die Arbeitslosenunterstützung und nach diesem Termin werden die Arbeiter vollständig entlassen und dem Arbeitslosennamt überwiesen. Weitere Betriebsstilllegungen sind noch zu erwarten. Folgende Betriebsstilllegungen werden noch gemeldet: Abersles u. Sohn, Triebendorf, mit 329 Arbeitern, Beamt u. Sohn, Baumwollweberei in Nuslau.

Weiters melden die Betriebsausschüsse, daß folgende Stilllegungen in Ostböhmen bis Ende dieses Monats vorgesehen sind: J. A. Kluge, Ober-Altsch, Ignaz Strich, Jutezimmerei, Jungbuh, Gebrüder Walzel, Parschnig, Grohmann, Weberei, Parschnig, Rohorn u. Schulz, Parschnig, Pfeffertown, Parschnig, J. Hanke, Bleicherei, Trübenwasser mit insgesamt 1729 Arbeitern.

Für das Vertragsgebiet Braunau fordern die Unternehmer eine 20prozentige Reduzierung der Löhne vom Gesamtlohn. Die Leinwandwebereien in Ostböhmen fordern eine 20prozentige Herabsetzung vom Gesamtlohn. Für die Werksstättenarbeiter der Firma Ignaz Strich, welche Spinnmaschinen laut, wird eine 30prozentige Reduzierung der Löhne gefordert, widrigenfalls er den Betrieb einstellen läßt.

Die Arbeiterschaft Ostböhmens geht nach diesen Berichten einer sehr traurigen Zeit entgegen. Es wäre höchste Zeit, daß die Regierung Schritte unternimmt, damit tausenden Arbeitern eine Lebensmöglichkeit geschaffen wird.

## Preisabbaukonferenz in Karlsbad.

Montag nachmittags fand bei der politischen Bezirksverwaltung Karlsbad die erste Preisabbaukonferenz statt, wo zunächst über den Preis der Milch gesprochen wurde. Als Richtpreis wurde ein Betrag von K 2.50 bei Abgabe an den Konsumenten festgelegt. Entnommen werden künftig in einem Gewicht von 44 Gramm erzeugt und vier Zent un eine Krone verkauft werden. Die Fleischer versprochen, binnen vierzehn Tagen Rindfleisch um 16 K das Kilogramm abzugeben. Bei einer Reihe anderer Artikel gelang es nicht, zu einem Ergebnis zu kommen, sodaß unser Karlsbader Bruderblatt, der „Vollwille“ das Ergebnis der Konferenz als ein wenig befriedigendes bezeichnet. Deswegen darf bei dem Erreichten nicht stehen geblieben werden.

## Lohnabbau in den Wittkowitz Eisenwerken.

Wie die „Ostböhmer Morgenzeitung“ meldet, hat die Direktion der Wittkowitz Eisenwerke ihren Arbeitern den Antrag gestellt, in eine 30prozentige Lohnherabsetzung zu willigen. Nur dann könne angeblich die Eisenwerksdirektion in der Lage sein, größere Bestellungen aus dem Auslande zu übernehmen. Die weitaus überwiegende Anzahl der Arbeiter soll sich für die Annahme der Vorschläge der Unternehmer ausgesprochen haben.

## Enquete über die Preise der Wäsche und Herrenkonfektion.

Bei der politischen Landesverwaltung in Prag hat am 20. September eine Beratung über die Preise der Wäsche und der Herrenkonfektion stattgefunden, in welcher festgelegt wurde, daß die Preise der Wäsche seit August des vorigen Jahres um 20 bis 40 Prozent, die Preise der Anzüge und Kravatten gegen voriges Jahr um 30 bis 40 Prozent gestiegen sind. Die Vertreter der Wäscheverläufer und Konfektionäre erklärten, daß die Verbilligung noch weiter fortgeschritten wird.

## Achtung auf die Preise!

Das Ministerium für Volksverpflegung hat festgestellt, daß manche Geschäftsleute, insbesondere Fleischer und Selcher im Laden die Ware zu einem höheren Preise verkaufen, als in den Auslagen angezeigt ist. Ein solches Vorgehen ist ungesetzlich und wird bestraft. Das Publikum wird ersucht, solche Fälle zur Anzeige zu bringen.

welche in verstofften Säubern Meise zu erzeugen und aus ihnen Gefährnisse herauszupressen geeignet sind. Wir wissen nicht, ob es dem Banditen dieser Ausdruck ist doch wohl gestattet, da ja weder von einer „Amisperson“, noch von einer „Amis-handlung“ die Rede ist!)

Das Empörendste an dieser Barbarei ist jedoch, daß die Gendarmen gegen Medwezer bisher nichts unternommen haben. Die Kulturgeschichte unseres rumänischen Bundesgenossen ist durch diese Folterung um ein denkwürdiges Blatt reicher geworden. Auf solche Bundesgenossen kann man wirklich stolz sein!

Die alten Fünf-Kronen-Noten behalten das auf weiteres ihre Gültigkeit, so lange ihr Vorrat nicht erschöpft ist und laufen im Verkehr mit den am 15. September zur Ausgabe gelangenden neuen Fünf-Kronen-Noten.

Ein Liebesdröckchen in Prag-Weinberge. Gestern früh wurde in einem Weinberger Hotel eine Schußdetonation vernommen, die aus einem Zimmer des zweiten Stockwerkes kam. Der Hotelier drang in das Zimmer ein und sah auf dem Bette das 21jährige beschäftigungslose Dienstmädchen Marie Suchy aus Hochowitz in schwer verwundeter Lage. Neben dem Bette auf der Erde lag der Bäckergehilfe Franz Hrbel aus Weinberge tot. Die Schwerverwundete hatte einen Schuß in den linken äußeren Augenwinkel und in die linke Seite der Brust erhalten. Es wurde ihr vom Polizeiarzt die erste ärztliche Hilfe geleistet, worauf sie ins Allgemeine Krankenhaus überführt wurde. Die Leiche des Hrbel wurde in das Institut für gerichtliche Medizin gebracht. Durch Einberufung der Verwandten stellte man fest, daß es sich um einen verabredeten gemeinsamen Tod handelt.

Der Zusammenbruch der Gemeindegewirtschaft in Brünn.

Als nach dem Umsturz die ehemalige deutsche Gemeindeverwaltung in Brünn in tschechische Hände überging, da gehörte Brünn zu jenen Städten, die, wenn sie auch keine den Forderungen der arbeitenden Bevölkerung entsprechende Kommunalpolitik betrieben hatten, immerhin ihr Budget in einem gewissen Gleichgewichte erhielten. Die nun notwendig gewordenen Ausgaben für eine vernünftige, der Wohlfaht der großen Masse der Stadtbevölkerung entsprechende Kommunalwirtschaft belasteten zwar erheblich das Budget der nächsten Jahre, da von den früheren Gemeindevertretungen nichts geschahen war, was einer modernen, allen Anforderungen und Pflichten gerecht werdenden städtischen Wirtschaftspolitik tut. Doch diese naturgemäß sich ergebenden Mehrausgaben waren jedoch nicht so groß, daß sie das Budget einer finanziell so gut fundierten Kommune, wie es Brünn gewesen ist, aus dem Gleichgewicht hätten bringen können, wenn die neuen Nachbarn in Brünn nicht eine Gemeindepolitik betrieben hätten, die jeder Vernunft Hohn sprach und die immer nur das nationale, nie aber das wirtschaftliche Moment in die Waagschale warfen, wenn es sich um Probleme handelte, die eine Lebensfrage der Gemeinde Brünn darstellten. Eines dieser Probleme war die überlebensfähige Schaffung von Groß-Brünn, die es zwar bewirkte, daß Brünn über Nacht tschechisch wurde, die aber dem neuen Stadtgebilde nur eine derart große Mehrbelastung brachte, daß die tatsächlichen Vorteile der Gemeinde-einverleibungen in keinerlei, auch nur dem geringen Verhältnisse zu den damit erwachsenden Ausgaben stehen: Dann wurde der Verwaltungsapparat „reorganisiert“, besser gesagt, tschechisiert, so daß heute in Brünn die städtischen Ämter von unfähigen Beamten direkt überflutet sind. Den verlässlichen deutschen Beamten setzte man aufs Pflaster und drei andere kamen an seine Stelle, nur weil sie Tschechen und Professionskinder waren. Die neue Gemeindevertretung hatte für alles Geld, das etwa in nationaler Beziehung zur „Ehre“ der Stadt beitragen konnte. Dafür aber leerten sich die Kassen in erschreckendem Maße und heute — beträgt der Abgang im ordentlichen Budget für 1922, das erst jetzt vorgelegt wurde, 68,551.047 Kronen, von denen nur 23,523.307 Kronen durch eine wahnsinnige Mehrbelastung an Gemeindesteuern heringebracht werden können, während der Rest — 36,330.871 Kronen ungedeckt bleibt. Die Mehrheitsparteien in der Gemeinde, die ohne Bedenken der unerhörten Erhöhung der Gemeindesteuern zugestimmt haben, scheinen sich bisher noch keine Gedanken darüber gemacht zu haben, wie der ungedeckte Abgang eine Deckung finden soll. Denn wie soll die Gemeinde Brünn, die im Budget 102 Millionen Ausgaben und nur 42 Millionen veranschlagte Einnahmen besitzt, ein Kreditinstitut finden, das über 36 Millionen herborst, wenn es nicht die Sicherheit dafür besitzt, daß durch eine vernünftige Kommunalpolitik, — für die jedoch die Mehrheitsparteien in der Gemeindevertretung kein Verständnis haben, — eine Gesundung in der Gemeindegewirtschaft herbeigeführt wird. Und sollten sich die Herren auf den Staat verlassen, so müssen sie sich vorsehen, nicht selbst dann die Verlassenen zu sein. Die Gemeindegewirtschaft in Brünn steht vor dem endgültigen Zusammenbruch. Das vorgelegte Budget ist ein Meneckel, über dessen gefährliche Bedeutung die tschechischen Mehrheitsparteien nicht hinweggehen sollen. Es könnte sonst für sie die peinlichsten Folgen haben, nachdem die arbeitende Bevölkerung von Brünn mit ihrer Geduld zu Ende ist wie mit ihrer Steuerkraft.

Englands 'glänzende' Vereinfachung.

Abriiden Amerikas von England. Washington, 20. September. (Havas.) Es wird erklärt, daß die Regierung der Vereinigten Staaten keine aktive Teilnahme an den Ereignissen im Osten erwägt. Die amerikanischen Abteilungen sind angewiesen, sich an der Verteidigung Konstantinopels und der Meerengen nicht zu beteiligen.

Rühiges Verhalten der Dominions. Melbourne, 20. September. (Havas.) Bei Behandlung der Ereignisse im Osten im Unterhaus erklärte Ministerpräsident Hughes, daß sich nach seiner Ansicht eine eventuelle Hilfe Australiens darauf beschränken müßte, die freie Schifffahrt in den Dardanellen zu sichern.

Die englischen Industriellen gegen einen Krieg.

London, 20. September. (Havas.) Aus der vom „Daily Telegraph“ veranstalteten Enquete geht hervor, daß bis auf einige Großindustrielle die Londoner Handels- und Industriekreise die auswärtige Politik Lloyd Georges nicht billigen. Es sind zahlreiche Versammlungen angefündigt, auf denen gegen einen neuen Krieg protestiert werden soll.

Beratungen in Paris.

Paris, 20. September. (Havas.) Lord Curzon ist in Begleitung des Pariser Votschafters Lord Hardinge und zweier Sekretäre am Dual d'Orsay eingetroffen. Er wurde augenblicklich in das Kabinett des Ministerpräsidenten geführt. Es heißt, daß der italienische Votschafter noch heute mit dem französischen und britischen Außenminister zusammentreffen wird, um mit ihnen die Wege für die Regelung der Orientangelegenheiten zu erörtern.

England beharrt bei der bewaffneten Aktion.

London, 16. September. (Tsch. P.-B.) In der heutigen Zusammenkunft der britischen Minister, die bis 1 Uhr nachmittags dauerte, wurde von neuem erörtert, welche Maßnahmen zu Wasser und zu Lande getroffen werden müßten. Die Minister haben ihren Beschluß bestätigt, in keinem Falle den themalstischen Truppen zu gestatten, nach Europa hinüberzugehen, bis die Friedensbedingungen festgelegt sind. Die englische Regierung sei sich vollkommen klar, daß dies allein durch eine Flottenaktion verhindert werden könne.

Antenruhe der englischen Presse.

London, 20. September. (N. A.) Gegenüber der Ansicht, daß die militärischen Vorkehrungen der britischen Regierung zur Erhaltung des Ansehens der Verbündeten in der Frage der Meerengen als das beste Mittel unter den jetzigen Umständen zur Sicherung eines friedlichen Ausgangs aus der Situation angesehen werden, betonen die Blätter das allgemeine britische Bestreben nach Erhaltung eines vollkommenen Einverständnisses mit den Verbündeten. „Times“ betonen, daß die beste Antwort auf die Forderung der themalstischen ein rasches Abkommen und die Ankündigung eines vollkommenen Einverständnisses zwischen England und Frankreich wäre. „Daily Telegraph“ sagt: Die Regierung ist aufrichtig bestrebt, eine ehrenhafte Verständigung mit der Regierung von Angora, sowie auch die Sicherung und Erneuerung des Friedens im Nahen Osten zu erzielen, ist aber überzeugt, daß, falls es möglich sein wird, Mustafa Kemal zur Annahme verständiger Bedingungen auf der Konferenz zu bewegen, dies nur dann sein werde, wenn man ihm zu verstehen geben wird, daß er es mit Mächten zu tun habe, die darauf vorbereitet sind, eben verständlichen Forderungen entgegenzutreten, wie auch verständliche Forderungen anzunehmen. Großbritannien habe schon Furcht vor dem bloßen Gedanken, daß es in irgend einen Krieg verwickelt werden würde. Es war bloß die Pflicht der Verbündeten, themal zu warnen, damit er nicht vergesse, daß er jetzt mit ihnen zu verhandeln habe und daß die Verbündeten auf den Verhandlungen in der Zeit verharren müssen, wo die Kurden und Anatolier sich an dem asiatischen Meerengen befinden.

Das Reparationsproblem vor dem Völkerbund.

Die Vorschläge Jouvenels. Genf, 20. September. Die von den französischen Delegierten Jouvenel angefündigten Vorschläge zu dem gestrigen Antrage Lord Roberts über die Regelung der zwischenstaatlichen Schulden sind Gegenstand der Beratungen der alliierten Delegationen. Ueber den Inhalt erfährt man, daß die Vorschläge Jouvenels sich mit den großen Linien der Cecilischen Vorschläge decken. Vor allem weist Jouvenel, wie es heißt, auf die Dringlichkeit der Frage hin und auf den engen Zusammenhang, der zwischen allen Problemen der Gegenwart besteht, nämlich Abrüstung, Wirtschaftsfrage und Valutafrage. Desgleichen sieht er in Uebereinstimmung mit Lord Cecil das Problem der zwischenstaatlichen Schulden als ein Ganzes, d. h. Reparationsschulden und interalliierte Schulden, als einen Teil desselben Problems an. Genf, 20. September. (Wolff.) Wie hier verlautet, haben die Vorschläge Jouvenels die Form eines eigenen Resolutionsentwurfes als Grundlage für eine Entschließung der Versammlung. Dieser Entwurf hat im wesentlichen folgenden Inhalt: In Uebereinstimmung mit Lord Robert Cecil wird als Voraussetzung für die materielle Abrüstung die moralische Abrüstung gefordert. Die moralische Abrüstung aber sei nur zu erzielen, durch die Wiederherstellung des internationalen Vertrauens und der internationalen Sicherheit. Hierzu sei eine sofortige Lösung der großen internationalen Probleme, unter denen alle Staaten leiden, notwendig, nämlich die Valutafolge, die finanzielle Unsicherheit, die Arbeitslosigkeit usw. Es sei daher erforderlich, daß alle Länder zu einem allgemeinen Abkommen gelangten, das sich sowohl auf den Wiederaufbau der zerstörten Gebiete als auch auf die interalliierte Schulden und die Reparationsschulden bezieht. Von diesem Grundsatz ausgehend, würde in dem von Jouvenel vorgeschlagenen Resolutionsentwurf die Völkerbundversammlung die interessierten Regierungen auf die Notwendigkeit einer solchen Regelung hinweisen.

Die türkischen Absichten. Paris, 19. September. (Tsch. P.-B.) Der Vertreter Angoras in Paris, Ferid Bei, hat dem Berichterstatter des „New York Herald“ erklärt, die themalstischen Truppen beabsichtigen Tschanal zu besetzen. Auf dem asiatischen Ufer der Meerengen wird keinerlei neutrale Zone von ihnen anerkannt. Sobald die themalstischen das asiatische Ufer besetzt haben werden, werden sie zu Friedensverhandlungen und zur Garantierung der vollständigen Freiheit der Meerengen sowie des Schutzes der Minderheiten bereit sein. Der Berichterstatter fügte hinzu, die Türkei sei überzeugt, daß England bei einer militärischen Aktion nur Griechenland und die Dominions an seiner Seite hätte.

Belegung Ibrahiens durch themal?

New York, 20. September. (Havas.) Wie „Associated Press“ aus Konstantinopel meldet, hat Mustafa Kemal gestern die alliierten Mächte um die Ermächtigung ersucht, Ibrahien zu besetzen, um dort die von den Griechen unterdrückte moslemische Bevölkerung zu befreien. Weiters soll ein Vertreter der Nationalisten dem britischen Oberkommissar bekanntgegeben haben, die Angora-Regierung würde sich an einer Konferenz über die Dardanellen, bei welcher die ukrainischen Sowjets nicht vertreten wären, nicht beteiligen. Dieser Standpunkt der Angora-Regierung gründet sich auf einen zwischen Angora und der Sowjetunion vereinbarten Vertrag.

Die Bedeutungslosigkeit des Völkerbundes.

Genf, 20. September. (Havas.) Die Vertreter Großbritanniens, Frankreichs und Italiens verwahren sich formell dagegen, daß die Frage des Ostens auf die Tagesordnung der Versammlung des Völkerbundes gestellt werde.

Der Standpunkt der rumänischen Regierung.

Belgrad, 20. September. Ein gestern abgehaltenes Ministerrat über die durch die Vorgänge im nahen Oriente geschaffene Lage, gelangte zu dem prinzipiellen Beschluß, daß das Königreich SRB. auf der unveränderten Erhaltung der Friedensverträge von Neuilly beharren müsse. Die weitere Haltung der Regierung werde von der Stellungnahme abhängen, welche England und Frankreich in der Orientfrage einnehmen werden. Was die Beziehungen zu Griechenland anbelangt, wurde der Standpunkt eingenommen, daß Griechenland zunächst (!) diplomatische Hilfe zu gewähren sei. Hinsichtlich der Aspirationen themals wurde festgestellt, daß die Regierung in die Uebergabe Konstantinopels an die Türken nur unter gewissen Einschränkungen einwilligen könnte.

Banderna in Flammen.

Paris, 20. September. (Havas.) Nach Meldungen, welche im Marineministerium eingegangen sind, stieß die Stadt Banderna mit Ausnahme von vielleicht 100 Häusern vollkommen in Flammen. Der hölzerne Bahnhof ist zerstört, desgleichen die Osmanische Bahn. Es werden zahlreiche Verwundete gemeldet.

Telegramme.

Der Wiederaufbau Nordfrankreichs.

Ein Abkommen der Kautstoffindustrie. Berlin, 20. September. Zwischen der Chambre Syndicale des constructeurs en ciment armé, der 88 der bedeutendsten französischen Bauunternehmergruppen angehören, und der Lehrer- und Siemens vereinigten Kautstoffindustrie Berlin-Düsseldorf, ist am 14. September in Paris ein Vertrag abgeschlossen worden über ein gemeinschaftlich aufzustellendes Programm für den Wiederaufbau der zerstörten Gebiete. Die deutsche Gesellschaft übernimmt die Beschaffung der Baumaterialien. Die französische Gruppe hat am 16. September ihrer Regierung von dem Abkommen Mitteilung gemacht und die Zustimmung wärmster Unterstützung erhalten. Das französische Wiederaufbauministerium hat eine Verwendung deutscher und internationaler Arbeitskräfte bis zu 50 Prozent der gesamten Arbeiterzahl zugestanden, die nach dem Stande der bereits begonnenen Arbeiter 150.000 betragen dürfte. Ueber die Verwendung und Entsendung der deutschen Arbeitergruppen werden mit den deutschen Gewerkschaften Verhandlungen geführt. Zunächst dürfte es sich um 40.000 deutsche Arbeiter handeln.

Einberufung des Ueberwachungs-ausschusses.

Berlin, 20. September. Der Ueberwachungs-ausschuss des Reichstages ist für Freitag einberufen worden. Er wird sich mit den Bestimmungen der Feuerungsaktion der Arbeiter und Beamten zu beschäftigen haben.

Der Lohnkampf in der Bismarckhütte.

Warschau, 19. September. Aus Katowitz wird gemeldet, daß die Verwaltung der Bismarckhütte durch Vermittlung des Ministeriums für öffentliche Arbeiten Verhandlungen bezüglich der Neuaufnahme von Arbeitern begonnen hat. Wie bereits gemeldet, wurden vor einigen Tagen 6000 Arbeiter der Bismarckhütte gefeuert. Die Verwaltung der Bismarckhütte ist bereit, die Arbeiter wieder zur Arbeit aufzunehmen und fordert nur die Entlassung von 100 Streikführern.

Kommunistenhege in Budapest.

Budapest, 20. September. Die Budapest Polizei ist einer von langer Hand vorbereiteten kommunistischen Organisation auf die Spur gekommen. Bisher wurden etwa 70 Personen von der Polizei verhaftet. Die Polizei hat festgestellt, daß die Bewegung von Wien aus organisiert wurde und daß zu ihrem Zwecke etwa 20 Millionen K beauftragt worden sind. Die Untersuchung wird fortgesetzt.

Abrüstungsverhandlungen zwischen Rumänien und Rußland.

Bukarest, 19. September. (DR.) Dem „Abeverau“ zufolge hat Rußland durch Vermittlung Polens, Rumänien das Anerbieten gemacht, Verhandlungen betreffend die Abrüstung und einen Garantiepakt einzuleiten, in welchen sich die beiden Staaten verpflichten, einander nicht anzugreifen. Die rumänische Regierung habe dem Anerbieten zugestimmt und betont, sie werde keine Diskussion über die gegenwärtige bessarabische Grenze zulassen. Die Präliminar-Konferenz der Vertreter der Generalstäbe der Nachbarstaaten Rußlands, findet in Warschau statt. Rumänien wird dort durch den Generalstab vertreten sein.

Warschau ohne Zeitungen.

Warschau, 20. September. Infolge des Streiks der Zeitungsetzer erscheinen in Warschau keine Zeitungen. Die Leser haben beschlossen, ein gemeinsames Informationsblatt erscheinen zu lassen. Heute nachmittags ist nur dieses Informationsblatt und zwar unter dem Titel „Gazeta bypolna“ und das „Journal de Pologne“ erschienen.

Neuerliche Kommunistenhege in Breschburg.

Breschburg, 20. September. Heute früh fand unter Teilnahme einiger hundert Arbeiter eine kommunistische Versammlung im Arbeiterhaus statt. Sie wollten sofort einen Manifestationsumzug veranstalten, wurden jedoch von der Wache auseinandergetrieben. Nachmittags und abends fanden weitere Beratungen statt, wobei es zwischen den Teilnehmern zu einer Schlägerei kam. Drei Personen wurden verletzt. Einige Kommunisten gingen vor das Arbeiterhaus hinaus und erfuchten die Wache, die Ordnung wieder herzustellen. Die Wache fand am Hofe drei Personen mit blutenden Köpfen. Es wurde eine Untersuchung eingeleitet. — Im Zusammenhange mit den gestrigen Demonstrationen wurden weitere zehn Personen verhaftet, bei denen verschiedene Gegenstände gefunden wurden, die von den gestrigen Plünderungen beim Juwelier Redinger stammen.

# Gerichtssaal.

## Streikdrohung ist ein Verbrechen!

So hat das Oberste Gericht entschieden. Die Entscheidung ist am 21. April dieses Jahres gefällt worden, und wird erst jetzt in der letzten Nummer des „Internationalen Rechtswörterbuchs“ veröffentlicht. Mit Recht bemerkt dieses Wort, daß die unsterblichen Vollstreckungsorgane nach dem Zusammenbruch der alten Monarchie die Höchstgerichtsbarkeit als demütig gemahnt haben. Die Entscheidung, die die Nummer 1668/20 trägt, lautet wörtlich:

Die Drohung mit Einstellung der Arbeit durch Streik kann, wenn sie gegenüber der Verwaltung der Unternehmung vorgedacht wurde, die Androhung einer ernstlichen Verletzung am Eigentum (§ 98 lit. b St. G.) bilden. Die Drohung mit einer Handlungsweise, die an und für sich rechtlich zulässig ist, wird rechtswidrig und strafbar, sobald sie dazu benützt wird, um von dem Bedrohten eine Leistung zu erzwingen, auf welche der Drohende keinen rechtlichen Anspruch hat.

Es kann sich also jeder Richter auf dieses Urteil nunmehr berufen und kann in Zukunft jeden Streikenden als Verbrecher nach § 98 des Strafgesetzes verurteilen. Wenn aber der Streik ein Verbrechen ist, dann müßte umso mehr eine vom Unternehmer verfügte Aussperrung als Verbrechen nach § 98 St. G. der gerichtlichen Aburteilung unterliegen. Ob freilich die oberste Gerichtsstanz dieses Staates ein ähnliches Urteil gegen Unternehmer aussprechen würde, ist zu bezweifeln. Das Urteil ist auch ein Beweis dafür, wie sehr die Richter den Zusammenhang mit den lebendigen sozialen Ereignissen verloren haben.

# Kleine Chronik.

## Der Brand von Smyrna.

In der „Frankfurter Zeitung“ finden wir nachstehende Betrachtungen über den ungeheuren Brand der wichtigsten Handelsstadt Kleinasiens: Drei Viertel der zum großen Teil aus Holzhäusern erbauten Stadt sind niedergebrannt. Nur das Türkendiviertel scheint nach den aus Paris kommenden, daher in diesem Punkte unverdächtigen Meldungen, vom Feuer verschont geblieben zu sein. Das Griechendiviertel, das Armenier-, das Frankendiviertel sind zerstört. Die Zahl der unglücklichen Opfer wird auf mehr als 100.000 Menschen angegeben. Wer trägt die Schuld an dem fabelhaften Unglück? Türken und Türkenfreunde sagen, die Griechen seien die Brandstifter gewesen, aus Hohn und Rache, daß sie die ihnen teure und so schwer umkämpfte Stadt ausgehen mühten. Sie hätten Smyrna verbrannt, weil sie Ähün Korahissar, Ushak und zahlreiche andere Orte verbrannt hätten. Die anderen sagen, die Türken hätten die Brandstiftung in die Stadt geworfen, um die Spuren ihrer im Griechendiviertel verübten Missetaten zu verdecken und um Rache für die von den Griechen verübten Verwüstungen zu nehmen. Es wird schwer festzustellen sein, wo die Wurzel des Unglücks liegt. Man sagt, die türkische Armee sei gut diszipliniert, wogegen die griechische völlig demoralisiert sei. Gut, aber es ist nicht anzunehmen, daß die Griechen ihr eigenes Stadtviertel niederbrennen, das Türkendiviertel aber verschonen. Ebenso wäre es aber auch widersinnig zu glauben, die Türken hätten aus Rache eine der größten Städte ihres Reiches, die nun doch voraussichtlich ihnen wieder gehören wird, verbrannt. Das hat Numenius in Korinth, Titus in Jerusalem aus politischen Gründen getan, aber Titus, dem die Protestanten lange Zeit den Brand von Magdeburg zur Last gelegt hatten, ist gerade von protestantischen Geschichtsschreibern einer späteren Zeit gerechtfertigt worden. Bei einer solchen Gewalttat von apokalyptischer Furchtbarkeit pflegt Feuer nie zu fehlen. Ein Feuer mag noch so gut Disziplin haben, die in einer eroberten Stadt rauben, plündern und sengen. Brennt es dann an einer Ecke, wer soll in der unglücklichen Stadt, über welche die Fülle ausgegossen ist, löschen und retten? Vielleicht wird über den Ursprung des Brandes noch etwas festgestellt. Wenn aber nicht, dann hat man kein Recht, das eine oder das andere der beiden Heere der systematischen Wüstenbrennerei zu beschuldigen. Die Rettung der Stadt und das Löschen des Brandes wäre auf alle Fälle Sache der siegreichen Türken gewesen. In dieser Hinsicht scheinen sie nun wirklich versagt zu haben, ob aus Mangel an Eifer oder an Fähigkeit, dem Feuer zu wehren, das blutige dahingestollt. Wird die Stadt, die dreitausend Jahre überdauert hat, aus der Asche wieder auferstehen? Wenn man an die nordfranzösischen Trümmerhaufen denkt, die nach vier Jahren kaum etwas aufgeräumt sind, wird man in Asien nicht viel erwarten. Und doch liegt diese Stadt so unergreiflich, und hat eine solche Lebenskraft in sich, daß man sich schwer vorstellen kann, sie werde von nun an, wie so viele ihrer Schwestern von ehemals, als ein türkischer Ruinenflecken weiterleben.

**Ein Mittel gegen die Schlafkrankheit.** In der Dienstlosigung der Jahrhundertversammlung „Deutscher Naturforscher und Ärzte“ in Leipzig berichtete Professor Martin Wayer (vom Institut für Schiffs- und Tropenkrankheiten in Hamburg) über sein neues Trypanosom-Heilmittel (genannt Wayer 205-Bekämpfung der Schlafkrankheiten), mittels welchem er das Heilen und Vorbeugen zum Schutze der Schlafkrankheit für gelöst erachtet. Es ist bereits eine Reihe von praktischen Erfolgen bei der Schlafkrankheit und bei verschiedenen Tierseuchen erzielt worden.

# Werbet und abonneret!

Ausschneiden und einsenden!

## Abonnements-Bestellschein.

Abonniere ab 192... monatlich 16 Kč — vierteljährlich 48 Kč — halbjährlich 96 Kč — ganzjährlich 192 Kč — (nicht Zutreffendes durchstreichen) das in Prag täglich erscheinende Zentral-Organ der deutschen sozialdemokratischen Arbeiterpartei in der Tschecho-slowakischen Republik

### „Sozialdemokrat“

Verwaltung: Prag II., Havlíčkovo nám. 32.

Devotlich schreiben!

Vor- und Zuname .....

Beruf .....

Ort, Bezirk .....

Straße und Nr. ....

# Volkswirtschaft und Sozialpolitik.

**Der Banknotenumlauf in der Tschechoslowakei.** Nach dem Ausweis des Bankrates vom 15. September beträgt der Umlauf der Banknoten 9873.009.000 K. Damit hat sich der Banknotenumlauf gegen vorige Woche um 299.711.000 K. vermindert.

**Christliche Gewerkschaften.** Unter dem Vorsteher des Ministers Gramel und des Abgeordneten Kofka hat die tschechoslowakische allgewerkschaftliche christlichsoziale Reichskommission am 19. d. Mts. eine Sitzung abgehalten, in welcher der Beschluß eines Reichsverband tschechoslowakischer christlichsozialer Bergarbeiter zu begründen, genehmigt wurde. Ueberdies wurde erklärt, die tschechoslowakische allgewerkschaftliche Reichskommission sei geneigt, in gemeinschaftlichen Interessenfragen der Arbeiter und Angestellten gemeinsam mit den übrigen gewerkschaftlichen vorzugehen, soweit dies nicht im Gegensatz zur christlichen Weltanschauung und zu den Interessen der Republik steht.

**Der Kampf um den Index in Oesterreich** läßt es als aktuell erscheinen, die Entwicklung der Indexziffer vom Jahre 1914 ab zu verfolgen. Wenn man den Durchschnittspreis der Lebensbedarfsartikel im Jahre 1914 mit 223 annimmt, dann betrug der Index Anfang Jänner 1921 100, im Jänner 1922 war er 989, im Feber 1444, im März 1672, im April 1725, im Mai 1888, im Juni 2726, im Juli 3671, im August 7132, und im September 1922 schnellte er auf 16548 hinauf, das heißt, in Oesterreich ist alles mehr als achttausendmal so teuer wie 1914.

## Verbreitet den „Sozialdemokrat“.

Allen Genossen u. Genossinnen empfehlen sich zur Herstellung sämtlicher Drucksorten



Nordböhmische Druck- und Verlags-Anstalt  
**Gärtner & Co., Bodenbach a. E.**  
S. m. b. H.

Großbuchdruckerei, Stereotypie, Verlag, Buchbinderei, neueste Gieß- und Gießmaschinen mit einer Tagesleistung von 500.000 Buchstaben, Rotationsmaschinen mit einer Tagesproduktion von 250.000 Zeitungen, Fernsprecher Nr. 271, Postsparkasse Nr. 127.403

# Kurse der Valuten.

Die tschechische Krone notiert in:

Zürich	Schw. Franc	0.1680
Berlin	Mark	45.75
Wien	Österr. Kr.	2912.-

## Brager Kurse.

	Geld	Ware
100 holl. Gulden	1250.-	1254.-
100 Russk.	282.50	272.50
100 Schweiz. Franc	611.50	614.50
100 Dinar	139.25	141.75
100 franz. Francs	259.25	259.75
1 Pfund Sterling	138.75	140.25
1 Dollar	33.92.50	34.32.50
100 belg. Francs	245.-	245.-
100 Dinar	46.25	46.75
100 Österr. Kronen	0.04.25	0.05.25
100 poln. Mark	0.40.50	0.50.50
100 maghar. Kronen	1.25.-	1.35.-

## Züricher Schlusskurse (Devisen).

Berlin	0.38.50	Paris	40.80
Wien	0.00.75	Osaka	22.50
Prag	16.80	Budapest	0.22.-
Holland	207.40	Agam	1.75.-
New York	5.35.50	Barisbau	0.07.-
London	23.70	Wien gest.	0.00.78

# Kunst und Wissen.

**Das verwunschene Schloß (Neues Theater).** Die Neueinstudierung der alten Mülläckeroperette hat sich bewährt, worauf schon der Name ihres Regisseurs Verla, eines der guten Volksregisseure und Volksdichter nach Neitroy hoffen ließ. Der an und für sich harmlose Inhalt, dessen Grundlage eine einfache Liebesgeschichte und die Heilung des Tiroler Bauernvolkes vom Aberglauben bildet, ist dank Verla doch auch poetisch vertieft. Der Typus des gesunden Naturburschen Sepp erinnert in seinem Gegenatz zu dem in seiner Dekadenz gespensterhaft wirkenden Besitzer des verwunschenen Schlosses, Geiersberg, an Gestalten, wie sie allerdings genialer und darum gewaltiger, Raimund oder Augenergruber geschaffen haben. Die gesunde Komik, die in echt österreichischer Art in diesem Stück mit ein bißchen Sentimentalität gepaart ist, hat in der entzückenden Begleitmusik Mülläcker ihre reiflose Ergänzung gefunden. Dieses Stück, dem zum Lobe nachgesagt sei, daß es mehr Singpiel als Operette ist, beweist, daß auch ohne groteske Tänze und Freveltaten eine gute Wirkung erzielt werden kann. Zum guten Erfolg der Neueinstudierung trugen alle Darsteller bei, vor allem der ewig junge, stimmungsfähige Herr Ludwig v. d. Bruch als Sepp. In den ersten Partien seien zunächst seine Partnerin, Frä. Krumpolz, und Herr Schönbauer lobend hervorgehoben. In der komischen Rolle der Regier erzielte Frä. Herz mit ihrer ausgezeichneten, ungemein drastischen Leistung, die stellenweise (auch stimmlich) an die Niese erinnerte, einen durchschlagenden Erfolg. Ihr reichte sich stimmlich und darstellerisch Herr Gabriel ebenbürtig an. Auch Herr Wdi Berger in der Rolle des alten Grafen Geiersberg verstand es, durch die dezente Art seiner Komik einen vollen Erfolg zu erzielen. — Die Verwendbarkeit aller dieser Kräfte eröffnet die Möglichkeit, einer Pflege des wirklichen Volkstücker, das bisher sehr mit Unrecht dem Publikum vorenthalten wird.

**Neues Theater.** Heute, den 21.: „Freischütz“; Freitag, den 22.: „Der letzte Walzer“; Samstag, den 23.: „Bajadere“; Sonntag, den 24.: nachm. „Königskinder“, abends Puccini-Einfakter; Montag, den 25.: „Bajadere“.

**Kleine Bühne.** Heute, den 21.: „Werwolf“; Freitag, den 22.: „Vatermord“; Samstag, den 23.: „Werwolf“; Sonntag, den 24.: nachm. „Mandrachola“, abends „Vatermord“.

# Aus der Partei.

**Bezirkskonferenz Trautau.** Sonntag, den 24. September, um 8 Uhr vormittags im Gasthause „Große Aussicht“ in Trautau Bezirkskonferenz, Tagesordnung: Berichte, Kommunalfragen, Neuwahl des Bezirksausschusses und Eventuelles.

# Turnen und Sport.

**Fußball.** Ungarn gegen Oesterreich. Die beiden Team für das am Sonntag stattfindende Länderpiel sind folgende: Oesterreich: Edi (Sportklub); Beer (Sportklub), Blum (Vienna); Kurz (Amateure), Brandstätter, Ritsch (beide Rapid); Aid, Zwatosch (beide Amateure), Rathan (Rapid), Fischera (W.F.), Wessely (Rapid). Urfay: Strizzel (Gertha), Feisenwölber; Geyer, Cutti (alle Amateure), Fijda (F.C.). — Ungarn: Amel (F.C.); Vogl II, Vogl III (beide U.C.); Kerteszy (M.R.), Loth (Handelsangestellte), Blum (F.C.); Paulusz (U.C.), Molnar, Braun (beide M.R.), Hirzer, Weiss (beide F.C.).

**Leichtathletik.** Einen neuen deutschen Rekord der Schwedenstaffel stellte der Sportklub Charlottenburg mit 1:59.4 auf. Die Mannschaft bestand aus Sjösten, Krüger, Jirpel, Wänter.

**Radsahren.** Die Straßenmeisterschaft von Oesterreich über 100 Kilometer. Der Sportauschuss Oesterreichischer Radsahrerverbände hielt durch den Oesterischen Radsahrer-Verband auf der Reichsstraße Brud-Graz-Brud die 100 Kilometer-Meisterschaft von Oesterreich ab, die für jene Fahrer offen war, die eine Lizenz des Sp. C. R. E. besitzen. Bei dem am 10. d. festgesetzten Rennen starteten zehn Fahrer, und zwar fünf Wiener und fünf Steiermärker. Im Endkampf siegte Paul Röttl (Landstraße 1894) mit der Fahrzeit von 3:24.15 nach schärfstem Endkampf vor Friz Neuhold (Rund um Wien). Nur eine Handbreite trennte die beiden, als sie das Ziel passierten. Als Dritter langte Trummer (R. C. Schönau, Graz) ein, dessen Fahrzeit 3:36.20 betrug. Vierter wurde Ernst Reischl, der trotz des Defektes noch genügend Terrain aufgeholt hatte, Fünfter wurde der Wiener Graf.

## Mitteilungen aus dem Publikum.

# Odkolek-Brot wieder größer. 1067

Herausgeber: Dr. Ludwig Czech und Karl Gormak.  
Druck: Deutsche Zeitungs-Ähnen-Gesellschaft Prag.  
Verantwortlicher Redakteur: Dr. Emil Strauß.  
Für den Druck verantwortlich: O. Polik.

**Alle** Kolonisationsorganisationen, Bezirksorganisationen, Kreisorganisationen, Gewerkschaftsorganisationen, Buchhandlungen, Schriftenabteilungen und alle Verwaltungen der Parteibücher, Kolporteurs und Parteigenossen

Sollen den Bezirke des

**Zelchner**

**Parteitagsprotokolls 1921**

organisieren, die Einzelbestellungen sammeln und sodann die Gesamtbestellungen richten an das

Secretariat der Deutschen Sozialdemokratischen Arbeiterpartei Teplitz-Schönan, Seilerstraße 1.

Das Protokoll kostet im Einzelverkauf 25 Kronen, bei Bezug bis zu zehn Stück 24 Kronen, bei Bezug von elf bis fünfzig Stück 22 Kronen 50 Heller, bei Bezug von über fünfzig Stück 20 Kronen ausschließl. Porto

**Arbeiter-Jahrbuch 1923**

erscheinen Mitte Oktober 1923 im Verlage des Parteivorstandes der Deutschen sozialdem. Arbeiterpartei.

Lafschentalender . . . 6 Kronen  
Jahrbuch 1923 . . . 7 Kronen

Bestellungen sind zu richten an das Sekretariat der Deutschen sozialdem. Arbeiterpartei in Teplitz, Seilerstr. 1.

**Arbeiter-Lafschentalender**